

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/186

27. September 1972

Abschied von einem Genossen

Gedenken an den Sozialdemokraten Leo Bauer

Von Willy Brandt
SPD-Vorsitzender und Bundeskanzler

Seite 1 bis 4 / 21. Zeilen

Die Meinungsfreiheit des Bundeskanzlers

Notwendige Anmerkungen zu der Kritik an
Willy Brandt

Von Hermann Dürr
Stellv. Vorsitzender des Rechtspolitischen
Ausschusses beim Parteivorstand der SPD

Seite 5 und 6 / 58 Zeilen

Obstruktion - oder was sonst?

Zur CDU-Demonstration gegen das neue
Zivildienstgesetz

Von Hans Iven
Bundesbeauftragter für den zivilen Ersatz-
dienst

Seite 7 und 8 / 61 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telefax: 888 845 / 888 847
888 848 PPP D.

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Abschied von einem Genossen

Gedenken an den Sozialdemokraten Leo Bauer

Von Willy Brandt

SPD-Vorsitzender und Bundeskanzler

Wir hätten auf diesen Abschied vorbereitet sein müssen. Leo Bauer bemuß die Frist, die ihm noch blieb, schon seit langem knapp. Er wußte, daß der Tod auf ihn wartete. Er weigerte sich nicht, ihn anzunehmen. Sein Gesicht, seine Augen sagten es. Aber er erlaubte sich nicht den Rückzug aus unseren täglichen Sorgen, aus unseren Kämpfen, aus unseren Hoffnungen. Er nahm an ihnen teil, fast bis zur letzten Stunde. Es wurde ihm schwer, sich aus der Welt zu lösen, für die er ein hartes und manchmal bitteres Leben lang gedacht, geredet, debattiert, geschrieben hat: Die Welt einer "neuen Gesellschaft", die eine Welt der freien Menschen sein soll.

Man ist versucht, seinen Hunger nach Freiheit unstillbar zu nennen. Er hat die Unfreiheit, wie so viele seiner Generation, in ihrer schrecklichen Radikalität erfahren. Er hat an ihr gelitten. Er betrachtete sich dennoch nicht als ein Opfer der dunklen Verhältnisse. Er hätte ein Recht darauf gehabt. Doch er verbot sich das Selbstmitleid, das zumeist die Bestätigung der Schwäche und der Anfang neuen Versagens ist. Er sah seiner Zeit genau und nüchtern ins Gewissen. Er wußte, daß keiner von uns von der Verstrickung in die Schuld bewahrt blieb. Darum verachtete er den ausgestreckten Zeigefinger, der penetrant aufs Unrecht der Anderen deutet. Vielleicht haben ihm seine Feinde, die ihn bis ans Totenbett mit ihren bösen Ressentiments verfolgten, die Fähigkeit zur Großmut am wenigsten verziehen. Sie bezeichnete seine Überlegenheit. Sie beschützte seine Menschlichkeit auch im Irrtum. Die Behauptungen des Freiheitsraumes der Menschlichkeit war sein entscheidendes Lebensmotiv.

Weil er es den Gruppierungen der demokratischen Linken nicht mehr zutraute, daß sie diesen Freiheitsraum entschlossen genug gegen den heraufbrandenden Machtrausch von rechts verteidigten, suchte er, zwanzig Jahre alt, den Willen zum Widerstand dort, wo er sich nach seinem befangenen Urteil kompromißlos anzumelden schien: in der Kommunistischen Partei. Er war mit seiner Verzweiflung über den Defaitismus des weithin apolitischen Bürgertums und über die Resignation, die in der demokratischen Linken umging, wahrhaftig nicht allein. Er stemmte sich dagegen auf, daß die Republik von ihren Bürgern im Stich gelassen wurde. Das war Fahnenflucht vor der Barbarei, und die akzeptierte er nicht.

Seine Witterung für die eine der großen Gefahren war genau. Er erfuhr es an eigenen Leib. Die Nazis wiesen ihn aus der Univer-

sität von Berlin, an der er Recht und Volkswirtschaft studiert hatte. Er wurde verhaftet. Nach dieser ersten der unbarmherzigen Prüfungen seines Lebens verließ er Deutschland. Er hatte keine andere Wahl. Von draußen setzte er seinen Kampf gegen die braune Diktatur fort, zuerst von Prag, später von Frankreich, von der Schweiz aus. Und dazwischen in Spanien, wie viele der Besten seiner Generation. Und, wie viele andere, weigerte er sich lange, eine andere große Gefahr zu sehen, so sehr ihn auch der Zweifel untreiben mochte. Die Partei war ein gewisser Ersatz für die verlorene Heimat. Sie schien ein Minimum an Schutz vor der Verzweiflung zu gewähren. Ein Credo vom vorgezeichneten "besseren Weg" entsprach damals seinem Verlangen, in den blutigen und mörderischen Wirren des Daseins einen Sinn zu finden. Auch er wollte glauben. Auch er wurde um den Glauben betrogen. Und er hatte eine schwere Wanderung zu bestehen, bis er ans Ende der großen Illusion gelangt war.

Als er ins geschlagene, ausgebrannte Deutschland zurückkehrte, war ihm der Aufbau einer Gesellschaft, die gegen die faschistische Versuchung gewappnet sein sollte, fürs erste wichtiger als die kalte Strategie jener ungemütlichen Herren, die sich - aus einer Himmelerichtung noch mehr als aus der anderen - an die Arbeit machten, dieses Volk hinter die Mauern ihrer Ideologie zu sperren. Man kennt die Stationen: Zunächst Führung der KP-Fraktion im Hessischen Landtag. Leo Bauer führte sie unabhängiger, als es den Aufsehern von drüben bequem war. In diesem Mann wohnte, auch damals, eine Passion zur Freiheit, die er niemandem preisgab. Dann, nach einem Unfall in Eisenach, hielt man ihn drüben fest und setzte ihn schließlich ins Amt des Chefredakteurs am Deutschland-Sender. Aber bald fand er sich zerniert hinter einer Kordon des Mißtrauens. Es lag wohl daran, daß es ihm nicht möglich war, sich als jemand darzustellen, dessen man sich jederzeit und zu jedem Zweck bedienen konnte. Das genügte, ihn verdächtig zu machen. Konsequenter wurde er zum "Parteifeind" erklärt, durch ein Militärtribunal der Besatzungsmacht zum Tode verurteilt und nach dem 17. Juni 1953 zu fünfundsanzig Jahren Arbeitslager "begnadigt" - man muß dieses Wort in Anführung sprechen.

Im Oktober 1955 kam er aus Sibirien heim: Geschunden an Leib und Seele, aber kein gebrochener Mann. Im Gegenteil, nun schien er bereit, sich der Freiheit des Daseins mit einer neuen Leidenschaft zu bemächtigen. Die Ernüchterung hatte seinen intellektuellen Elan nicht gezähmt. Er bestimmte seine journalistische Arbeit, in der sich eine schöne und zugleich im guten Sinn naive Neugier auf die Wirklichkeit unserer Existenz erfüllte.

Freilich war er nicht gewillt, diese Wirklichkeit hinzunehmen, wie sie ist. Es brauchte nach seiner Einsicht die "neue Gesellschaft", um das Versagen der alten zu überwinden. So fand er den Weg zur Sozialdemokratie, der er als sehr junger Mann schon einmal angehört hatte. Ich sage bewußt nicht: den Weg zurück. Denn es gibt Gründe, dies nicht einfach als Rückweg zu deuten. Auch die deutsche Sozialdemokratie hatte sich in den Jahren der harten Prü-

fung gewandelt und weiter entwickelt. Leo Bauer betrachtete es als seinen Auftrag, die Veränderung sichtbar zu machen und ihre Qualität so präzise wie möglich zu artikulieren. Er hat das Godesberger Programm gut verstanden.

Es war wohl im Jahr 1959, als ich ihm - von dem ich natürlich schon früher gehört hatte - zum ersten Mal begegnete. Er kam mit einer Delegation der "Vereinigung der Opfer des Stalinismus" zu mir ins Schönberger Rathaus. Ab Anfang 1965 lernten wir uns genauer kennen. Er half mir bei der Vorbereitung der Wahlen jenes Jahres. In langen und intensiven Gesprächen wuchs unsere Freundschaft, die eng werden sollte. Sie war nicht auf glatte und dauernde Übereinstimmung angewiesen. Sie ertrug differenzierende Meinungen. Ihre Spannungen waren produktiv. Seine zumeist klare, manchmal harte oder auch ungeduldige Eigenständigkeit machte ihn zum guten Weggefährten. Ich verdanke seinen Anregungen viel, seinem freundschaftlichen Widerspruch nicht weniger.

Ohne jedes "Amt" und ohne die mysteriöse Position des "Beraters" hat er mir nicht nur als Parteivorsitzenden, sondern auch als Außenminister ganz wesentlich geholfen. Mit mir und dem Kreis der anderen Freunde hat er die entscheidenden Züge der Politik vorausgedacht, die wir vom Oktober 1969 an ins Werk setzten. Er hatte das Ohr am Boden dieser Zeit und ihrer Realität. Aber seine Augen suchten den Horizont nach den Aufgaben ab, die uns morgen erwarten. Er war kein Mann, der sich zum Gefangenen des Alltags und seiner Routine machen ließ. Seine Freiheit wollte an kein Amt gebunden sein. Ohne seine Unabhängigkeit hätte er nicht existieren können.

Ja, Leo Bauer war ein freier Mann. Vielleicht weckte er damit den Haß der Unfreien, der ihn bis ans Ende umstellt hat. Vielleicht wurde man darum nicht müde, ihn durch die Beschwörung von Gespenstern, durch Beleidigungen und Verleumdungen zu quälen, denn er lebte vor, was seinen Widersachern verwehrt zu sein scheint: Die Überwindung der Vergangenheit. Freisein heißt am Ende immer, die Fesseln, die man sich selbst angelegt hat, zu sprängen - oder geduldig aufzuknoten.

Ich weiß, daß manche der Schläge, die ihn trafen, nicht ihm galten, sondern der Partei, in der er nun Geborgenheit fand, und nicht selten mir, dem Freund in Arm und Würden. Die Angriffe haben ihn tiefer geschmerzt, als er es zeigte. Er empfand sie als Erniedrigung - nicht seiner Person, sondern als eine Erniedrigung der anderen, die ihre eigene Würde in der Verhetzung preisgaben und mit ihr die selbstverständliche Menschlichkeit, die ihnen hätte sagen müssen, daß dieser Mann genug gelitten habe. Für sie blieb die Humanität in der Tat bis heute ein Fremdwort. Sie wird durch eine Sentimentalität ersetzt, die nichts anderes ist als ein Klebstoff der Ressentiments.

Sie hat nichts mit der Unmittelbarkeit zu schaffen, mit der Leo Bauer seine Gefühle mitzuteilen vermochte: Zorn und Trauer, aber vor allem die einfache Freude am Leben, das er liebte. Da er wußte, daß seine Zeit bemessen war, raffte er in den Jahren, die ihm blieben, soviel von diesem Leben zusammen, wie es seinem leidenschaftlichen Temperament gegeben war. Die Bitter der Freunde, sich dem und wann einen Aufenthalt zu erlauben, schüttelte er durchweg ab. Die Kerker- und Lagerjahre machten ihm die Gefangenschaft des

Krankenzimmers unerträglich. Er gestand niemanden das Recht zu, über ihn zu verfügen, auch nicht den Ärzten - zu lang war er das Objekt der totalen Verfügung gewesen. Er wollte, wenn ich nicht irre, auch zum Tod hin frei sein. Freiheit war für ihn eine Leistung, die Tag für Tag bewiesen werden muß. Kein Geschenk des Schicksals, das auch dem Faulen und Dumpfen zuteil wird, sondern die Belohnung einer unendlichen Mühsal. Er durchschaute die Scheu vor dieser Mühe, die für so viele Gewohnheit ist. Er durchschaute die Feigheit, den Mangel an Courage.

Aus dieser Erfahrung mochte die Melancholie stammen, die oft in seinen Augen wohnte. Man spürte in seiner Nähe die tiefen Verletzungen, die seine Persönlichkeit in der Konfrontation mit dem Bösen erfuhr. Einer unserer Freunde schrieb mir, seine Seele müsse von Narben übersät gewesen sein. Auch ich empfand, daß sie noch böser geschunden war als sein Körper, den die Härte der Gefangenschaft bis an die Grenze der Lebensfähigkeit geprüft hatte.

An diesen Erlebnissen, an denen so viele zerbrachen, muß die Tapferkeit gemessen werden, mit der sich Leo Bauer - sehen Sie mir das paradoxe Wort nach - zur Freiheit gezwungen hat. Es war eine tägliche Überredung zur Souveränität. Das ist ein Begriff, der etwas zu großartig tönen mag. Aber ich weiß keinen besseren für die Würde, die ein Mensch gewinnt, der sich selbst gegen die erdrückende Last der erfahrenen Leiden behauptet.

Was für eine Kraft braucht die Selbstbefreiung aus der erstarrten Ideenwelt, die der weltbeglückende Aberglaube in die Gehirne seiner Opfer stanzte! Wieviel Mut fordert das Wagnis unabhängigen Denkens, mit der stets neuen, unerforschten Lebens beginnt, das uns so selten mit schlüssigen Antworten belohnt und uns so oft mit Fragen, Zweifeln, Irrtümern und Niederlagen allein läßt! Welche Energie verlange vor allem die Befreiung von der Angst, dieser schrecklichsten Frucht des Terrors! Wir wissen heute, daß sie die eigentliche Feindin unserer Menschlichkeit ist. Man haßt aus Angst. Man tut Unrecht aus Angst. Man verletzt aus Angst. Und schlimmer: Man tut so vieles Notwendige nicht, weil man Angst hat. Man verachtet so oft die Gerechtigkeit, weil man sich fürchtet. Man gibt so viele Freiheiten preis, weil man zu feige ist.

Leo Bauer war ein mutiger Mann. Auch er hat gewiß nicht ohne Angst gelebt. Er ist vielleicht nicht ohne Ängste gestorben. Aber er ließ die Furcht nicht Herr über sich werden. Das ist die entscheidende Leistung seines beschränkten Lebens. Mit ihr hat er uns ein Beispiel gesetzt. Es wird nicht leicht sein, ihm zu genügen. Jeder muß es versuchen, auf seine Weise. Er wird uns sehr fehlen. Wir werden seine gute intellektuelle Neugier vermissen, die seine Zeitschrift "Die Neue Gesellschaft" mit so vielen Impulsen erfüllte, und die sich auf seine wachsende Leserschaft übertrug.

Wir werden seine schonungslosen Fragen, seine Zweifel entbehren. Aber mehr noch seine Ermüdung, die weit über den Kreis seiner Freunde hinauswirkte, auch weit über unsere Partei. Denn er lebte den Weggegangenen von gestern ohne Hochmut vor, daß ein humaner, demokratischer Sozialismus nicht nur denkbar ist, sondern in die Wirklichkeit einer freien Gesellschaft eingebracht werden kann. Wir werden uns oft, zur Selbstkorrektur, an seine Bescheidenheit erinnern, an seine einfache Freude an einfachen Dingen und - dies ist das wichtigste - an seine Fähigkeit zum Mitleiden am Leid und an der Not des Nächsten: Zur compassion, um das Wort zu gebrauchen, das für John F. Kennedy und seinen Bruder Robert das Grundmotiv ihres politischen Handelns war. Sie strahlte von Leo Bauer aus. Und mit ihr der Mut, dessen es bedarf, ihr nachzuleben.

Lassen Sie mich sagen: Wir sind ihm gegenüber in der Pflicht der Dankbarkeit: unser Volk, unsere Partei, die engsten Gefährten. Und erlauben Sie mir dieses letzte private Wort: "Ich war, ich bin für seine Freundschaft dankbar".

(-/ee/27.9.1972/ks)

Die Meinungsfreiheit des Bundeskanzlers

Notwendige Anmerkungen zu der Kritik an Willy Brandt

Von Hermann Dürr

Stellv. Vorsitzender des Rechtspolitischen Ausschusses
beim Parteivorstand der SPD

Bundeskanzler Willy Brandt hat auf Befragen in einem Interview seiner Meinung Ausdruck gegeben, daß bei den Fraktionsübertritten der vergangenen Legislaturperiode im einen oder anderen Fall Korruption im Spiel gewesen sei. Die CDU/CSU fordert ihn nun lautstark auf, Beweise für diese seine Überzeugung zu liefern. Sie tut so, als ob kein Mensch je hätte auf den Gedanken kommen dürfen, auch nur einer der Mandatsüberträger habe beim Fraktionswechsel etwas anderes als sein Gewissen sprechen lassen. Dabei ist spätestens seit den Bemühungen um den Abg. Geldner allgemein bekannt, daß hier Dinge unternommen wurden, die das Licht des Tages zu scheuen haben.

Wenn der Bundeskanzler zu der Überzeugung gelangt ist, einige der Mandatsüberträger hätten derartigen Methoden nicht widerstehen können, so gibt es dafür eine ganze Reihe guter Gründe. Nicht ohne Grund hat Außenminister Walter Scheel kürzlich im Bundestag davon gewarnt, "große Worte zu strapazieren, wenn es um ganz handfeste Dinge geht" und hinzugefügt: "Die Sicherung der persönlichen politischen Zukunft ist keine Gewissensfrage". In der Tat haben einige der Mandatsüberträger selbst zur fraglichen Zeit nicht nur von ihrem Gewissen, sondern auch von anderen - konkret gesagt: von Geld - geredet.

So erinnern sich einige Abgeordnete noch daran, daß Dr. Günther Müller sich im Bundeshaus damit gebrüstet hat, sein Wort als Politiker betrage immerhin eine Million; das wisse auch die CDU/CSU. Und Zeugen haben auch gehört, wie der Abg. Wilhelm Helms im Zusammenhang mit der Abstimmung über den Etat des Bundeskanzlers geäußert hat: "Ich kann doch nicht anders - mein Hof, mein Hof!"

Aber nicht nur Geld korrumpiert die politischen Sitten. So scheute sich Dr. Günther Müller nicht, eine kleine Schatz, die ihm bei der Münchner Kommunalwahl am 11. Juni 1972 ihre Stimme

gab, mit dem Versprechen hinters Licht zu führen, er allein halte das Banner wahrer sozialdemokratischer Gesinnung hoch, um kurz darauf der CSU, dem geschworenen Gegner jedes sozialdemokratischen Gedankens, das so erworbene Mandat als Morgengabe darzubringen.

Schon diese wenigen Tatsachen zeigen, worauf die Opposition hinaus will, wenn sie vom Bundeskanzler Beweise für seine Überzeugung fordert. Sie beabsichtigt nichts anderes als ihm den Mund zu verbieten, wo es um Wertungen des persönlichen Verhaltens von Abgeordneten geht, die sich selbst dem Verdacht ausgesetzt haben, Gewissen und Eigennutz nicht genügend zu trennen. Wer jedoch selbst einen solchen Verdacht provoziert, muß es sich gefallen lassen, daß die entsprechenden Schlußfolgerungen auch öffentlich gezogen werden. Das hat Willy Brandt mit vollem Recht auf Befragen für notwendig gehalten.

Der CDU/CSU aber sei folgende Bemerkung des Bundesgerichtshofs ins Stammbuch geschrieben:

"Es liegt im Sinne des Gemeinwohls, dem die freie Willensbildung im demokratischen Staat letztlich zu dienen hat, daß nach Möglichkeit solche Personen als Repräsentanten der Volksgemeinschaft zu wählen, die sich durch ihr persönliches Verhalten Gewähr für eine gewisse Verlässlichkeit bieten und die im Sinne des öffentlichen Wohles von ihnen für richtig erkannte Ziele ohne Rücksicht auf persönliche Vor- oder Nachteile zu verfolgen bereit sind. Daraus folgt, daß es auch möglich und rechtens sein muß, auf ein Verhalten von Wahlkandidaten hinzuweisen, das den Schluß erlaubt, es könnten ihnen möglicherweise solche wünschenswerten Eigenschaften fehlen, und solche Schlußfolgerungen auszusprechen."

(-/ex/27.9.1972/bcy)

+ + +

Obstruktion - oder was sonst ?

Zur CDU-Demonstration gegen das neue Zivildienstgesetz

Von Hans Iven

Bundesbeauftragter für den zivilen Ersatzdienst

Der Vorgang ist bestürzend und - soweit sich überblicken läßt in der Form einmalig. Am Donnerstag, dem 21. September 1972, lehnte die CDU/CSU mit 247 Stimmen gegen 244 der Regierungskoalition den Vorschlag des Vermittlungsausschusses zu § 1 des Entwurfs zum Dritten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst ab. Ein natürlicher Vorgang könnte man sagen, denn zu dieser Zeit hatte die Opposition die Mehrheit. Kein natürlicher Vorgang aber, wenn man die Sache kennt. Hier handelte es sich um eine reine Machtdemonstration ohne Rücksicht auf sachliche Gründe und unter Desavouierung der Beschlüsse des Vermittlungsausschusses von Montag, dem 18. September 1972, in dem auch die Vertreter der CDU/CSU einstimmig den dort gefundenen Formulierungen zugestimmt hatten.

Die Folge dieser Demonstration: Die hierzulande bisher niemals existierende gerechte Inpflichtnahme aller Wehrpflichtigen, und damit auch der anerkannten Kriegsdienstverweigerer, ist fast unmöglich gemacht worden, denn nur auf der Basis des neuen Gesetzes waren ausreichende Platzkapazitäten - rechtlich und finanziell abgesichert - zu schaffen gewesen.

Kurz vor der Sommerpause hatte der Bundestag gegen die Stimmen der CDU/CSU mit Mehrheit das neue Zivildienstgesetz verabschiedet. Es sieht eine Reihe von Verbesserungen materieller und organisatorischer Natur vor. Außerdem baut es bisher bedauerliche Diskriminierungen zwischen Dienstleistenden und wehrdienstleistenden Wehrpflichtigen ab. Materiell sollte der Dienstleistende besser gestellt werden, indem er nach sechs Monaten den Sold der Soldgruppe 2 (statt 4,50 DM täglich sechs DM), und nach 12 Monaten Sold der Soldgruppe 3 (6,50 DM) jeweils nach Eignung, Befähigung und Leistung erhalten sollte. Fachbezogene Einführungslehrgänge

wurden obligatorisch, Wartezeiten für die "nahtlose" Überführung in den Zivildienst bei Anerkennung des Kriegsdienstverweigerers während des Wehrdienstes sollten durch die Form des Umwandlungsbescheides vermieden werden.

Aber nicht nur für die Dienstleistenden, auch für die Einrichtungen sah das Gesetz erhebliche Verbesserungen vor. Die Möglichkeit, den Kostenbeitrag ganz oder teilweise zu erlassen, um damit zusätzliche Plätze für offene soziale Dienste in Sonderheit bei den Kirchen zu gewinnen - Experten schätzen die zusätzliche Kapazität auf 16.000 Plätze - sollte geschaffen werden. Staatliche Verwaltungsaufgaben sollten auf die Einrichtungen oder auf die betreffenden Spitzenverbände gegen Kostenerstattung übertragen werden.

Beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung sollte ein Beirat geschaffen werden, der den Bundesbeauftragten bei der Durchführung des zivilen Ersatzdienstes berät. Eine eigene Bundesoberbehörde, das Bundesamt für den Zivildienst, sollte die verwaltungsorganisatorische Betreuung der Dienstleistenden modernen Erfordernissen anpassen.

Dies alles - sicherlich zum Bereich der inneren Reformen rechnend - soll nach dem Willen der CDU/CSU nicht realisiert werden. Die Vorschläge des Vermittlungsausschusses, aus sachlichen Gründen von einigen CDU/CSU-Abgeordneten bejaht, wurden vom Tisch gefegt, weil man nach drei Jahren Abstinenz endlich einmal wieder die Chance erblickte, "Mehrheit zu spielen".

War es also reine Obstruktion? Oder gibt es in der CDU/CSU-Fraktion "Schubladengesetze" über den zivilen Ersatzdienst? Genau vermag man das heute nicht zu sagen. Sollte es aber derartige Gesetze geben, über deren Inhalt man nur spekulieren kann, so ist zu hoffen, daß sie nie in ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren übergeleitet werden. Wie in allen anderen Dingen, so hat Gottschalk auch hier der Wähler erst einmal das Wort.

(-/ec/27.9.1972/ks)